

## Beschluss

Ideenschmiede und Zukunftslabor: Wissenschaft und Hochschule

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 24.11.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

### Antragstext

1 Unser Land verfügt über eine gute und vielfältige Hochschullandschaft mit gut 50.000 Studienplätzen.  
2 Unsere Hochschulen und hochschulnahen Institute, ihre Wissenschaftler\*innen und Studierenden sind  
3 wichtig für den gesellschaftlichen und kulturellen Diskurs, für soziale, wirtschaftliche und technische  
4 Innovationen und für die Vielfalt in Brandenburger Städten. Sie setzen Impulse und geben Antworten auf  
5 die Fragen unserer Zukunft: Ob zur Klimakrise, zum Strukturwandel oder zu einem sozial gerechten  
6 Miteinander. Sie sind der Hort wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit in Lehre, Forschung und  
7 Wissenstransfer. In einem Land wie Brandenburg, das über materielle Rohstoffe nicht verfügt oder wie die  
8 Braunkohle aus ökologischen Gründen nicht mehr länger ausbeuten darf, sind Forschung und Entwicklung  
9 von den Grundlagen bis zur Anwendung das Potenzial nachhaltiger Landesentwicklung. Wir wollen  
10 Brandenburgs Hochschulen deshalb im Interesse der Landesentwicklung die Möglichkeiten verschaffen,  
11 dieses Potenzial in gesellschaftlicher Verantwortung noch besser auszuschöpfen.

12 Nach wie vor liegt Brandenburg bundesweit auf dem vorletzten Platz in der Hochschulfinanzierung.  
13 Nirgendwo in Deutschland wird weniger Geld pro Einwohner\*in investiert als hier. Pro Kopf wird in  
14 unserem Bundesland nur 137 Euro für Hochschulen ausgegeben, während der Bundesschnitt bei 200 Euro  
15 liegt. Dies ist ein Unterschied von 46%!

16 Unser Ziel ist die Entwicklung einer Hochschullandschaft, die den Wissenschaften konkurrenzfähige  
17 Möglichkeiten bieten, eng mit der Landesentwicklung und der Überwindung ihrer Strukturprobleme  
18 verknüpft ist und sich zugleich kooperativ, arbeitsteilig und produktiv in die gemeinsame  
19 Hochschullandschaft der Region Berlin-Brandenburg einpasst.

#### 20 Finanzierung der Hochschulen verbessern

21 Wir wollen die Grundmittel der Hochschulen aufstocken, um sie freier von Töpfchenwirtschaft, Drittmitteln  
22 und Programmsteuerung werden zu lassen. Freie Mittel sind für die Hochschulen unerlässlich, um  
23 Innovationen voranzubringen, Grundlagenforschung zu betreiben und eine leistungsstarke Verwaltung  
24 aufzubauen. Denn Grundlagenforschung muss gegenüber wirtschaftlich verwertbarer Wissensproduktion  
25 wieder mehr in den Fokus rücken. Dafür ist die Abschaffung des Kooperationsverbots wichtig, um auch  
26 mehr Geld vom Bund bekommen zu können. Zusätzlich werden wir ein Landesforschungsprogramm  
27 auflegen, welches die Forschungsthemen Klimakrise, Strukturwandel und Nachhaltigkeit besonders  
28 berücksichtigt. Zudem muss Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Hochschulen im Hochschulgesetz  
29 verankert werden.

30 Nach dem Ende des Hochschulpakts von Bund und Ländern im Jahr 2020 erwarten wir, dass der Bund seine  
31 Förderung von derzeit vier auf mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr erhöht. Erfolgreiche Projekte aus  
32 dem Qualitätspakt Lehre wollen wir verstetigen. Eine Finanzierung der Hochschulen durch die Einführung  
33 von Studiengebühren lehnen wir ab. Versteckte Studiengebühren, wie die Rückmeldegebühren wollen wir  
34 abschaffen, da sie nicht geeignet sind die Finanzierung der Hochschulen nachhaltig zu verbessern und eine  
35 nicht gerechtfertigte Belastung der Studierenden darstellen. Nach dem Urteil des

36 Bundesverfassungsgerichts 2017 zur Verfassungswidrigkeit der von 2001 bis 2008 erhobenen  
37 Rückmeldegebühren im Land Brandenburg, müssen diese – wie im Land Berlin bereits geschehen – auch in  
38 Brandenburg endlich zurückgezahlt werden.

39 Wir schauen in der Hochschulpolitik über den Tellerrand. Die in Brandenburg und Berlin entstandene  
40 Wissenschaftsregion bietet unserem Land eine gute Grundlage für die weitere qualitative und nachhaltige  
41 Entwicklung der Hochschulen. Wir wollen Schwerpunkte setzen und die Einrichtungen besser vernetzen.  
42 Durch gegenseitige Anerkennung wollen wir flexible Übergänge ermöglichen. Auch die Kooperation mit  
43 den Hochschulen in Sachsen und Polen wollen wir ausbauen.

44 Für Mangelberufe im medizinischen Bereich wollen wir in Brandenburg bessere Studienmöglichkeiten  
45 schaffen. Wir wollen das duale Studienfach Hebammenkunde an einer Brandenburger Hochschule  
46 einführen. Außerdem wurde mit dem Gesundheitscampus Brandenburg bereits eine Entwicklung  
47 angeschoben, die wir weiter vorantreiben wollen. Die Gründung einer Medizinische Hochschule oder  
48 Fakultät aus Landesmitteln ist allerdings derzeit nicht möglich. Sollten sich aber die Rahmenbedingungen  
49 verändern z.B. durch Mittel vom Bund, stehen wir einem entsprechenden Vorhaben offen gegenüber. Dies  
50 könnte ein wichtiger Beitrag zum Strukturwandel in der Lausitz sein.

51 Um das Problem der medizinischen Unterversorgung in unseren ländlichen Regionen zu beseitigen, wollen  
52 wir außerdem Kooperationen zwischen Brandenburger Kliniken und Berliner Hochschulen sowie die  
53 Absprachen mit dem Land Berlin intensivieren. Zudem wollen wir Vorteile wie günstigen Wohnraum, Kita-  
54 und Schulplätze in Kommunen der zweiten und dritten Reihe um Berlin besser kommunizieren und dort  
55 die Lebensqualität weiter gezielt verbessern. Dadurch gewinnen wir Fachkräfte – insbesondere im  
56 medizinischen Bereich – nachhaltig für Brandenburg.

#### 57 **Hochschulen als Orte gelebter Demokratie**

58 Wir werden eine Novellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) auf den Weg bringen,  
59 das die Autonomie der Hochschulen stärkt, ihnen neue Eigenverantwortlichkeiten gibt, ihre eigenen  
60 demokratischen Entscheidungsprozesse fördert und die Abhängigkeit von Ministerien mindert. In Zukunft  
61 sollen die Hochschulen die "Dienstherren" der Professor\*innen sein, nicht das Land. Das Land soll sich auf  
62 die Wissenschaftsverwaltung, auf Koordination und Rechtsaufsicht beschränken. Wenn das Land den  
63 Hochschulen Aufgaben überträgt, dann sollen die beim Land frei gewordenen Personalstellen auf die  
64 Hochschulen verteilt werden.

65  
66 Wir setzen uns für eine partizipatorisch-demokratische Kultur an den Hochschulen ein. Für Studierende  
67 soll die Hochschule ein Ort sein, an dem sie auch gesellschaftliche Kompetenzen erlangen. Wir setzen uns  
68 daher für ein gesellschaftspolitisches Mandat der Studierendenschaften ein, wie es z.B. in Berlin gilt. Es darf  
69 Studierendenschaften nicht verboten werden, Position zu gesellschaftspolitischen Fragen zu beziehen.

70 Alle vier Statusgruppen – Studierende, akademischer Mittelbau, Professor\*innen und  
71 nichtwissenschaftliches Personal – sollen die Hochschule aktiv mitgestalten können und mehr  
72 Mitbestimmung bekommen.

73 Die Senate und Fakultäts- bzw. Fachbereichsräte müssen viertelparitätisch besetzt werden. Für  
74 Angelegenheiten, die eine professorale Mehrheit vorsehen, können die paritätisch besetzten Kerngremien  
75 durch ein erweitertes Gremium ergänzt werden. Die professorale Mehrheit wird momentan auf viele  
76 Tatbestände ausgedehnt, wo dies rechtlich nicht erforderlich ist. Grundsätzlich ist es auch an der Zeit, nach  
77 40 Jahren das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 zur professoralen Mehrheit zu überprüfen.  
78 Zudem müssen auch die Hochschulverträge bzw. Zielvereinbarungen in Zukunft demokratisch an den  
79 Hochschulen legitimiert werden und nicht allein durch die Hochschulleitungen ausgehandelt werden.

80 Wir wollen die Möglichkeiten zum Studieren und die Studienbedingungen für die jungen Menschen in  
81 Brandenburg verbessern. Innovative Lehr- und Lernformen an den Hochschulen wollen wir durch  
82 Landesprogramme fördern und verstärkt in die Lehre investieren. Die Verbesserung der Lehr- und  
83 Studienbedingungen kann auch mithilfe eines wirksamen Qualitätssicherungs- und -managementssystem,  
84 das sich allerdings nicht in ein überzogenes Berichts(un)wesen ergehen darf, durch die Hochschulen selbst

85 vorangebracht werden. Hier gibt es in Brandenburg schon gute Beispiele. Wie wollen die Hochschulen  
86 dabei unterstützen, effiziente Strukturen für die Qualitätsentwicklung insbesondere in Lehre und Studium  
87 aufzubauen oder weiter zu entwickeln.

88 Wir werden die Bedingungen für erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter optimieren. Dazu gehört  
89 auch der Ausbau des Wissenstransfers von den Brandenburgischen Hochschulen in die brandenburgische  
90 Gesellschaft und Wirtschaft durch Ausgründungen, Weiterbildung und regionale Verankerung. Wir werden  
91 den Ausbau der Brandenburger Wissenschaftslandschaft auch unter der Perspektive betreiben, dass er in  
92 den jeweiligen Landesteilen maßgeblich zur regionalen Entwicklung beiträgt. Die Drittmittelforschung  
93 bindet in der Regel öffentliche Mittel und muss daher für uns ein hohes Maß an Transparenz erfüllen. Denn  
94 Transparenz schafft nicht nur die Akzeptanz für die öffentlich Zuweisungen für Wissenschaft und  
95 Forschung, sondern auch die Möglichkeit, die Gesellschaft an der ethischen Debatte über  
96 Forschungsvorhaben stärker zu beteiligen. Deshalb unterstützen wir Konzepte für den öffentlichen Zugang  
97 zu Daten und deren Nutzbarkeit im Wissenschaftsbereich (Open Access und Open Data im Sinne der  
98 Datengrundlagen) sowie Transparenz- und Zivilklauseln gegen militärische Forschung oder diese  
99 unterstützende Projekte.

100 Gute Lehre und Forschung im internationalen Wettbewerb brauchen gute Arbeitsbedingungen mit  
101 angemessener Bezahlung, sicheren Arbeitsverhältnissen und klaren Zukunftsaussichten. Der  
102 Wissenschaftsbereich stellt besondere Anforderungen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein,  
103 Besonderheiten des Wissenschaftsbetriebs in den TV-L aufzunehmen, zum Beispiel eine  
104 Befristungszulage

105 Der wissenschaftliche Nachwuchs braucht eine langfristige berufliche Perspektive. Mit unbefristeten  
106 Stellen für dauerhaft anfallende Aufgaben wollen wir den akademischen Mittelbau stärken und neue  
107 Personalkategorien jenseits der Professur schaffen.

108  
109 Um Wissenschaftler\*innen eine frühere und familienfreundlichere Karriereperspektive bieten zu können,  
110 streben wir die Ausweitung eines verbindlichen tenure-track bei Juniorprofessuren an. Das  
111 Hochschulgesetz muss zudem so geändert werden, dass nach entsprechender Evaluierung ein Aufstieg  
112 auch von einer W2- auf eine W3-Professur möglich ist. Damit wird das Brandenburgische Hochschulsystem  
113 auch international wettbewerbsfähiger und wirkt dem entgegen, dass gerade junge Wissenschaftlerinnen  
114 aus der Professor\*innenlaufbahn fallen.

115  
116 Lehraufträge werden noch immer missbräuchlich für Daueraufgaben eingesetzt, obwohl sie die Lehre laut  
117 Hochschulgesetz nur „ergänzen“ sollen. Die Neuregelungen von 2014 haben das Kernproblem nicht gelöst.  
118 Wir wollen sicherstellen, dass Lehraufträge auf ihren Ursprungszweck zurückgeführt werden –  
119 Praxisbezüge in der Lehre. Lehraufträge müssen angemessen vergütet werden, d.h., sie dürfen nicht billiger  
120 sein als Lehre durch angestelltes Personal, damit sie keine Dumping-Alternative mehr zu regulären Stellen  
121 sind. Dafür wollen wir die finanziellen Voraussetzungen schaffen. Die Hochschulen sollen dazu  
122 verbindliche Dauerstellenkonzepte erarbeiten und der ungewollten Teilzeit im akademischen Mittelbau  
123 entgegenwirken. Die Lehrverpflichtung muss sich wieder an realistischen Tätigkeitsprofilen orientieren,  
124 hierzu wollen wir die Lehrverpflichtungsverordnung ändern.

125 Auch wollen wir den Hochschulen als Arbeitgeberverbund Tarifhoheit geben. Nur so kommt es in  
126 Hochschule und Wissenschaft zu Beschäftigungsverhältnissen, die durch Tarifvereinbarungen abgesichert  
127 sind. Die Personalkategorie der „Hilfskräfte“ wollen wir in der jetzigen Form abschaffen. Studentische  
128 Beschäftigte sollen nach Tarif bezahlt werden. Wir wollen dem Berliner Modell folgen und endlich einen  
129 eigenen Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten realisieren. Absolvent\*innen mit Masterabschluss  
130 sind nicht zu Dumpinglöhnen als Hilfskräfte, sondern als akademische Mitarbeiter\*innen einzustellen. Die  
131 Aufnahme studentischer Beschäftigter ins Personalvertretungsgesetz war ein wichtiger Schritt, es muss  
132 jedoch Nachjustierungen geben, um die Personalratsarbeit für Studierende attraktiv und mit dem Studium  
133 vereinbar zu gestalten.

134 Frauen sind im Wissenschaftssystem nach wie vor deutlich unterrepräsentiert, insbesondere in der  
135 Besetzung von Professuren. Die Qualitätsstandards für Chancengleichheit und Familienorientierung, die  
136 die Brandenburgische Landeshochschulrektorenkonferenz und das MWFK unterzeichnet haben, wollen wir  
137 verbindlicher ausgestalten. Die Hochschulen sollen sich Zielquoten geben für die Erhöhung des  
138 Frauenanteils in Bereichen mit Unterrepräsentanz. Außerdem wollen wir die Frauen- und  
139 Geschlechterforschung an Brandenburgischen Hochschulen stärken. Die Gleichstellungsbeauftragten der  
140 Hochschulen sollen – ebenso wie die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – mit einem  
141 Organklagerecht ausgestattet werden.

142  
143 Für Fälle von Diskriminierung und insbesondere Rassismus muss es an den Hochschulen weisungsfreie  
144 Beauftragte geben, die über ausreichend zeitliche und finanzielle Kapazitäten verfügen und die  
145 entsprechende Expertise aufweisen. Die Regelungslücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes für  
146 Studierende wollen wir durch landesrechtliche Vorgaben schließen. Die Belange von LSBTIQ\* sollen an  
147 den Hochschulen in Zukunft stärker Berücksichtigung finden.  
148 Die Angebote der Hochschulen für Geflüchtete begrüßen wir und setzen uns für deren Fortführung und  
149 Weiterentwicklung ein.

#### 150 **Bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen**

151 Jedes Jahr zu Semesteranfang wiederholt sich das Bild: Tausende von Studierenden sind auf  
152 Wohnungssuche und finden weder eine bezahlbare Wohnung noch einen Platz in einer Wohngemeinschaft  
153 oder einem Wohnheim. Die Situation verschärfte sich durch rasant steigende Mieten ganz besonders in  
154 Potsdam. Wir wollen uns gemeinsam mit den Hochschulstädten und Studentenwerken für mehr Neubau  
155 von Studierendenwohnungen und Wohnheimen einsetzen, u.a. indem die Studentenwerke befähigen, selbst  
156 Kredite aufzunehmen.

157 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine Erhöhung und eine Reform des BAföGs.

158  
159 Perspektivisch wollen wir in Brandenburg klimaneutrale Hochschulen schaffen und unterstützen Konzepte  
160 für den Einsatz von Erneuerbaren Energien, Wärmewende und den ressourcenschonenden Umgang mit  
161 Verbrauchsmaterialien.

162 Immer mehr Wissenschaftler\*innen gründen während Ihrer Forschungsphase eine Familie und fallen für  
163 mehrere Monate aus. Natürlich bringt dies Probleme für die zumeist drittmittelfinanzierten, nur wenige  
164 Jahre andauernden Forschungsprojekte. Wir werden uns daher einsetzen, dass das Land Brandenburg die  
165 Möglichkeit vorsieht, für aus Landesmitteln finanzierte Projekte formlos zusätzliche Mittel für  
166 Arbeitsvertragsverlängerungen aufgrund familienbedingter Auszeiten zu beantragen. Die während der  
167 familienbedingten Auszeiten eingesparten Mittel sollen für die jeweiligen Elternzeitvertretungen genutzt  
168 werden.